

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
04. Rat 2009-2014
Sitzungsdatum:
04.02.2010**

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 04.02.2010

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 05.05.2009 aus öffentlicher Sitzung
3. Beschluss über die Gültigkeit der Wahl des Bürgermeisters und der Vertretung der Stadt Übach-Palenberg am 30. August 2009
4. Forstwirtschaftsplan 2010
5. 41. Änderung des Flächennutzungsplanes - Feuerwehrgerätehaus Scherpenseel -
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung
6. 42. Änderung des Flächennutzungsplanes Einkaufszentrum Am Wasserturm
hier: Aufstellungsbeschluss
7. Bebauungsplan Nr. 46 - Finkenstraße-Ost - 2. vereinfachte Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
8. Bebauungsplan Nr. 64 - Röntgenstr. - 5. vereinfachte Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
9. Bebauungsplan Nr. 88 - Gürzelweg - 3. vereinfachte Änderung
hier: Satzungsbeschluss
10. Bebauungsplan Nr. 110 Einkaufszentrum Am Wasserturm
hier: Aufstellungsbeschluss

11. Umbau des Knotens Jülicher Straße/Daimlerstraße zu einem Kreisverkehrsplatz, einschl. verkehrsberuhigter Maßnahmen
hier: Anordnung einer Einwohnerversammlung
12. Um- und Ausbau des Sportplatzes Am Bucksberg
13. Beschaffungsprogramm der freiwilligen Feuerwehr Übach-Palenberg
14. Antrag der St. Sebastianus-Schützenbruderschaft 1410 Übach-Palenberg auf Gewährung eines einmaligen Zuschusses anlässlich des 600-jährigen Gründungsjubiläums
15. Einzelhandelsuntersuchung zur Definition der Zentralen Versorgungsbereiche in Übach-Palenberg sowie zur Erarbeitung einer "Übach-Palenberger Liste"
hier: Überarbeitung der Einzelhandelsuntersuchung nach Vorgabe der BezReg Köln
16. Bestellung von Vertretern der katholischen und evangelischen Kirche in den Ausschuss für Schule, Kirchen, Vereine und Integration
17. Gebührenkalkulationen der Stadt Übach-Palenberg für die öffentlichen Einrichtungen Straßenreinigung, Stadtentwässerung und Abfallbeseitigung für das Jahr 2010
18. 3. Änderung der Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Stadt Übach-Palenberg
19. 5. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg sowie Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Bestattungswesen" für das Jahr 2010
20. Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 der GeschO vom 22.12.2009 betr. Patenschaften für bestehende Kreisverkehre sowie Kreisverkehre in Planung zu suchen für saisonbedingte Bepflanzung sowie Wartung und Pflege der Fläche
21. Antrag der CDU-Fraktion nach § 5 GeschO vom 05.01.2010 betr. Einsatz von durch das Umweltamt geprüften und biologisch abbaubaren Herbiziden zur Unkrautbekämpfung auf öffentl. Plätzen und Verkehrswegen
22. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 22.1 Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 22.01.2010 betr. Buswartehäuschen auf der Marienstraße
- 22.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 26.01.2010 betr. Nach-/ Neubesetzung von Ausschüssen
23. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Anfragen

B) Nichtöffentliche Sitzung

24. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 05.05.2009 aus nichtöffentlicher Sitzung
25. Carolus Magnus Centrum; hier: a) Miete, b) Investitionen
26. Erweiterungen zur Tagesordnung
27. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen
Frau Bärbel Bartel	SPD
Herr Wolfgang Bien	UWG
Herr Rudolf Burbaum	SPD
Herr Thomas Dieckmann	UWG
Herr Herbert Fibus	SPD
Herr Fred Fröschen	CDU
Herr Josef Fröschen	CDU
Herr Peter Fröschen	CDU
Frau Karin Fürkötter	SPD
Frau Silvia Gillen	CDU
Herr Herbert Görtz	CDU
Herr Gerhard Gudduschat	CDU
Herr Walter Junker	CDU
Frau Norma Kuhlmeier	SPD
Herr René Langa	CDU
Herr Herbert Mlaker	SPD
Herr Manfred J. Offermanns	parteilos
Herr Hans-Georg Overländer	SPD
Frau Eva Maria Piez	SPD
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen
Herr Winand Ruland	CDU
Herr Hüseyin Salin	SPD
Frau Vera Sarasa	UWG
Herr Wolfgang Schneider	SPD
Herr Dr. Frank Tuchtenhagen	FDP
Herr Jörg Ulrich	CDU
Herr Oliver Walther	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Heiner Weißborn	SPD
Herr Hubert Wynands	CDU

abwesend:

Herr Leo Meertens	UWG
-------------------	-----

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker Schlüter
Herr Kämmerer Bernd Schmitz
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtoberverwaltungsrat Hans-Peter Gätzen
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen
Stadtamtmann Herbert Jansen

bis zum Ende der öffentl.
Sitzung

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und die Vertreter der Presse.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, dass den Stadtverordneten eine Erweiterung zur Tagesordnung betreffend des Punktes

22.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 26.01.2010 betr. Nach-/Neubesetzung von Ausschüssen

zugegangen sei. Er bat um Erweiterung der Tagesordnung um diesen Punkt.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um den Punkt

22.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 26.01.2010 betr. Nach-/Neubesetzung von Ausschüssen

erweitert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass die CDU-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass die UWG-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung fünf Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) Öffentliche Sitzung

1 **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 08.12.2009 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 05.05.2009 aus öffentlicher Sitzung**

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 05.05.2009 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3 **Beschluss über die Gültigkeit der Wahl des Bürgermeisters und der Vertretung der Stadt Übach-Palenberg am 30. August 2009**

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erklärte, dass die Beschlussempfehlung im Wahlprüfungsausschuss einstimmig angenommen wurde.

Er verlas die Beschlussempfehlung.

Beschluss:

Nach Vorprüfung durch den Wahlprüfungsausschuss wird aufgrund des § 40 Abs. 1 Buchst. d des Kommunalwahlgesetzes in der z. Zt. geltenden Fassung die Wahl des Bürgermeisters und der Vertretung der Stadt Übach-Palenberg am 30. August 2009 für gültig erklärt.

Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl sind nicht erhoben worden.

Gegen diesen Beschluss kann binnen eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4 **Forstwirtschaftsplan 2010**

Beschluss:

Der Forstwirtschaftsplan für das Jahr 2010 wird zustimmend zur Kenntnis genommen (Der Forstwirtschaftsplan ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 5 **41. Änderung des Flächennutzungsplanes - Feuerwehrgerätehaus Scherpenseel -**
hier: **Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung**
-

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen des frühzeitigen Beteiligungsverfahrens der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend den Anlagen 2.1 bis 2.2 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Der Planentwurf der 41. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Feuerwehrgerätehaus Scherpenseel wird beschlossen.
4. Die Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB der 41. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Feuerwehrgerätehaus Scherpenseel wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 6 **42. Änderung des Flächennutzungsplanes Einkaufszentrum Am Wasserturm**
hier: **Aufstellungsbeschluss**
-

Beschluss:

Für den im Übersichtsplan dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB die 42. Änderung des Flächennutzungsplanes angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 7 **Bebauungsplan Nr. 46 - Finkenstraße-Ost - 2. vereinfachte Änderung hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**
-

Beschlussempfehlung:

1. Der Bebauungsplan Nr. 46 – Finkenstraße-Ost – wird im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB geändert.

Umfang der Änderungen:

Folgende textliche Festsetzungen werden **komplett gestrichen**:

- 1) Zäune sind bis zu einer Höhe von 1,20 m zulässig.
- 2) Garagen sind mit Dachneigungen zwischen 0° - 8° auszuführen.

Betroffene Flurstücke:

Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 15, alle Flurstücke im Bereich des o.g. Bebauungsplanes

2. Der Änderungsentwurf wird beschlossen.
3. Der von der Änderung des Bebauungsplanes betroffenen Öffentlichkeit und den von der Planänderung berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wird gem. § 13 Abs. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 8 **Bebauungsplan Nr. 64 - Röntgenstr. - 5. vereinfachte Änderung hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**
-

Beschluss:

1. Der Bebauungsplan Nr. 64 – Röntgenstraße – wird im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB geändert.

Umfang der Änderungen:

Folgende textliche Festsetzung wird **komplett** gestrichen:

„Einfriedungen der Vorgartenbereiche sind nicht zulässig. Entlang der seitlichen (ab vorderer Bauflucht) und an den rückwärtigen Grundstücksgrenzen sind Einfriedungen bis zu einer Höhe von 1,80 m zulässig, wenn zugleich eine Hinterbepflanzung bzw. Vorderbepflanzung mit mindestens gleich hohen Hecken oder Gehölzen erfolgt.“

Betroffene Flurstücke:

Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 40, alle Flurstücke im Bereich des o.g. Bebauungsplanes

2. Der Änderungsentwurf wird beschlossen.
3. Der von der Änderung des Bebauungsplanes betroffenen Öffentlichkeit und den von der Planänderung berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wird gem. § 13 Abs. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 9 **Bebauungsplan Nr. 88 - Gürzelweg - 3. vereinfachte Änderung
hier: Satzungsbeschluss**
-

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gem. § 13 Abs. 2 BauGB weder von Seiten der Öffentlichkeit noch von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Die 3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 88 - Gürzelweg - wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 10 **Bebauungsplan Nr. 110 Einkaufszentrum Am Wassertrum
hier: Aufstellungsbeschluss**
-

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er habe diese Frage bereits in der

letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses gestellt. Da Stadtoberverwaltungsrat Gatzen aber bei diesem Tagesordnungspunkt noch nicht anwesend war, wolle er diese noch einmal wiederholen. Er würde gerne wissen, ob die Förderzuschüsse zurückgezahlt werden müssten, falls ein anderes Baurecht geschaffen werde oder wenn sich kein Investor fände.

Stadtoberverwaltungsrat **Gatzen** antwortete, es habe Gespräche beim Wirtschaftsministerium gegeben. Der Investor müsse dem Ministerium zusammen mit der NRW.Urban (LEG) den Kaufpreis nachweisen. Dieser Kaufpreis solle dann teilweise zur Ablösung der geflossenen Zuschüsse dienen.

Es sei also so, dass das Geld von einem Landestopf (Grundstücksfond) in einen anderen umgeschichtet werde. Die Zahlung des Kaufpreises sei allerdings Bedingung für die Rückzahlung.

Im Übrigen sei die Stadt außen vor, da die NRW.Urban zuständig für die Abwicklung der Rückzahlung sei.

Beschluss:

Für den im Übersichtsplan dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB der Bebauungsplan Nr. 110 – Einkaufszentrum Am Waserturm – aufgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 11 Umbau des Knotens Jülicher Straße/Daimlerstraße zu einem Kreisverkehrsplatz, einschl. verkehrsberuhigter Maßnahmen hier: Anordnung einer Einwohnerversammlung**
-

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass bei der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses bereits die Namen der Stadtverordneten genannt worden seien, die an der Einwohnerversammlung teilnehmen sollen. Er verlas die Namen: für die CDU Stadtverordneter Görtz und Stadtverordneter Gudduschat, für die SPD Stadtverordneter Overländer und Stadtverordneter Weißborn, für die UWG Stadtverordneter Bien, für die FDP Stadtverordneter Tuchtenhagen, für Bündnis 90/ Die Grünen sachkundiger Bürger Peters.

Die Einwohnerversammlung sei für den 02.03.2010 im Rathaus vorgesehen.

Beschluss:

Die Einwohnerversammlung zum Umbau des Knotens/ zum Bau verkehrsberuhigender Maßnahmen/ zur Vorstellung des Verkehrskonzeptes wird angeordnet.

An der Einwohnerversammlung werden folgende Stadtverordnete teilnehmen:

für die CDU:	Stadtverordneter Görtz und Stadtverordneter Gudduschat
für die SPD :	Stadtverordneter Overländer und Stadtverordneter Weißborn
für die UWG:	Stadtverordneter Bien
für die FDP:	Stadtverordneter Tuchtenhagen
für B90/ Die Grünen:	sachkundiger Bürger Peters

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12 Um- und Ausbau des Sportplatzes Am Bucksberg

Stadtverordnete **Sarasa** teilte mit, dass sich bereits 2 Ausschüsse intensiv mit dem Thema beschäftigt haben. Auch habe es eine Ortsbesichtigung gegeben und man haben die Vereine und Schulen bei den Überlegungen mit eingebunden.

Sie sei der Meinung, dass das Geld aus dem Konjunkturpaket II für den Um- und Ausbau des Sportplatzes gut angelegt sei und bat den Rat um Zustimmung.

Beschluss:

Die vorgestellte Planung wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Rat wird gebeten, die fehlenden Mittel in Höhe von 120.000,- € im Rahmen des Haushalts 2010 bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13 Beschaffungsprogramm der freiwilligen Feuerwehr Übach-Palenberg

Beschluss:

Dem Beschaffungsprogramm der Freiwilligen Feuerwehr Übach-Palenberg wird zugestimmt.

Auf Vorschlag des Haupt- und Finanzausschuss beschließt der Rat der Stadt Übach-Palenberg, die entsprechenden Haushaltsmittel für das Beschaffungsprogramm 2010 bereitzustellen, und zwar wie folgt:

Bezeichnung der Maßnahme:

Beschaffung von Feuerwehrgeräten, Ausrüstung usw.

60.000,00 € In der bisherigen Finanzplanung waren für 2010 35.000,00 € vorgesehen; die Abweichung ist begründet durch die Anschaffung von Helmen (1. Hälfte), die wegen Änderung der gesetzlichen Norm erforderlich ist.

Beschaffung eines Einsatzleitfahrzeuges für den Löschzug Übach
110.000,00 € Bereits in Vorjahren wurde eine Verpflichtungsermächtigung veranschlagt. Nunmehr sind die Mittel haushaltsmäßig bereitzustellen

Beschaffung eines Mannschaftstransportwagens
40.000,00 € Mit der Bereitstellung dieser Mittel stehen insgesamt 80.000,00 € für die Beschaffung von MTW für die Löschgruppen Frelenberg und Boscheln in 2010 zur Verfügung.

Errichtung des neuen Feuerwehrgerätehauses Scherpenseel
20.000,00 € Es ist davon auszugehen, dass das neue Feuerwehrgerätehaus Scherpenseel in 2010 fertiggestellt und dann eingerichtet werden kann.

Beschaffungen für die Jugendfeuerwehr
1.800,00 € Der Mehrbetrag gegenüber dem Vorjahr (1.200,00 €) ist erforderlich durch mehr Mitglieder in der Jugendfeuerwehr.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 14 **Antrag der St. Sebastianus-Schützenbruderschaft 1410 Übach-Palenberg auf Gewährung eines einmaligen Zuschusses anlässlich des 600-jährigen Gründungsjubiläums**
-

Beschluss:

Es wird ein Betrag von 5 Euro für jedes Jahr des Bestehens des Vereines als Zuschuss gewährt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 15 Einzelhandelsuntersuchung zur Definition der Zentralen Versorgungsbereiche in Übach-Palenberg sowie zur Erarbeitung einer "Übach-Palenerger Liste"
hier: Überarbeitung der Einzelhandelsuntersuchung nach Vorgabe der BezReg Köln
-

Beschluss:

Die vorliegende Überarbeitung der Einzelhandelsuntersuchung zur Definition der Zentralen Versorgungsbereiche in Übach-Palenberg sowie zur Erarbeitung einer "Übach-Palenerger Liste" wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 16 Bestellung von Vertretern der katholischen und evangelischen Kirche in den Ausschuss für Schule, Kirchen, Vereine und Integration
-

Beschluss:

Als Vertreter der katholischen Kirche wird Herr Pater Konrad Boja und als Vertreter der evangelischen Kirche wird Herr Pfarrer Thomas Reppich in den Ausschuss für Schulen, Kirchen, Vereine und Integration bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 17 Gebührenkalkulationen der Stadt Übach-Palenberg für die öffentlichen Einrichtungen Straßenreinigung, Stadtentwässerung und Abfallbeseitigung für das Jahr 2010
-

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, dass dieser Tagesordnungspunkt in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses auf Antrag der SPD-Fraktion auf die heutige Ratssitzung ohne Vorberatung und ohne Beschlussempfehlung vertagt worden sei. Er fragte, ob es zu diesem Tagesordnungspunkt Wortmeldungen gebe.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, die SPD-Fraktion werde der vorliegenden Beschlussempfehlung zustimmen. Er habe jedoch die Frage, ob es aufgrund des heftigen Winters wahrscheinlich sei, dass die Gebührenkalkulation im nächsten Jahr erhöht werden müsse. Und wenn ja, ob es möglich sei, diese Erhöhung auf 2 Jahre aufzuteilen.

Stadtamtmann **Jansen** erklärte, dass es zum einen die Möglichkeit gebe,

auf die Rücklage zurückzugreifen. Eine weitere Möglichkeit sei ein Ausgleich in 2011/2012.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, auch die CDU-Fraktion werde der vorgelegten Gebührenkalkulation zustimmen. Dass es keine Erhöhung sowohl bei der Straßenreinigung als auch bei der Stadtentwässerung und der Abfallbeseitigung gebe, sei sehr erfreulich. An den Bauhof sprach Stadtverordneter **Gudduschat** seinen Dank aus wegen der vermehrten Winterdiensteseinsätze in den letzten Tagen.

Er fragte, warum es keine Veränderung bei der Gebührenkalkulation gebe, wem man dies zu verdanken habe.

Stadtamtmann **Jansen** erklärte, alle Ausgaben seien stabil geblieben.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde der Beschlussempfehlung zustimmen. Er bedankte sich bei allen, dass es keine Erhöhung gebe. Dies sei sehr erfreulich. Die Entsorgungskosten für den Biomüll seien jedoch immer noch mit über 300.000 Euro angegeben. Er wolle dies gerne zum Thema im Fachausschuss machen.

Stadtverordnete **Gillen** erklärte, sie habe zwei Fragen. Erstens würde sie gerne im Zusammenhang mit der Leerung der Kleinklärruben wissen, wie viele Kleinklärruben es gebe. Zweitens würde sie gerne die Abwasserabgabe für Schlämme aus Kleinklärruben auf Seite 2 der Gebührenkalkulation für die öffentliche Einrichtung „Stadtentwässerung“ erklärt haben.

Stadtamtmann **Jansen** antwortete zu Frage 1, dass es ca. 20 Kleinklärruben gebe. Zu Frage 2 erklärte er, dass es sich bei der Abwasserabgabe um eine vom Land erhobene Abgabe handele. Diese vom Land erhobene Abwasserabgabe sei zweckgebunden zur Reinigung der Kleinklärruben. Die Errechnung erfolge nach Schadeinheiten.

Stadtverordnete **Appelrath** fragte im Zusammenhang mit der zwei- und vierwöchentlichen Müllentleerung, wer dies kontrolliere. Insbesondere im Winter seien die kleinen Plaketten zugefroren.

Stadtamtmann **Jansen** erklärte, man arbeite mit dem Markierungssystem der Deckelkennzeichnung. Die Firma Schönackers sei angewiesen, hierauf genau zu achten. Dies scheint die Firma auch gewissenhaft zu tun. Dies habe er bereits selber festgestellt. Vielleicht habe es der eine oder andere jetzt bei diesen Wetterverhältnissen versucht, seinen Müll trotz anderweitiger Kennzeichnung zweiwöchentlich abholen zu lassen und vielleicht habe der eine oder andere hierbei Glück gehabt. Dies sei dann aber lediglich eine Ausnahme. Generell funktioniere die Kontrolle sehr gut.

Stadtverordnete **Appelrath** ergänzte, dass es aber vielleicht trotzdem besser sei, die Plaketten zu vergrößern.

Stadtamtmann **Jansen** antwortete, dass er diese Überlegung gerne für die Zukunft annehmen werde.

Beschluss:

Die Gebührenkalkulationen für die öffentlichen Einrichtungen Straßenreinigung, Stadtentwässerung und Abfallbeseitigung für das Jahr 2010 werden zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Gebührensätze werden gegenüber dem Vorjahr nicht geändert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

18 **3. Änderung der Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Stadt Übach-Palenberg**

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte 3. Änderung der Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Stadt Übach-Palenberg wird beschlossen (Die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

19 **5. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg sowie Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Bestattungswesen" für das Jahr 2010**

Bürgermeister Jungnitsch wies darauf hin, dass dieser Tagesordnungspunkt vom Haupt- und Finanzausschuss ohne Vorberatung und ohne Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen wurde.

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg (Friedhofsgebührensatzung) wird auf Grundlage der durch die Kämmerei erstellten Gebührenbedarfsberechnung beschlossen (Die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 20 Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 der GeschO vom 22.12.2009 betr. Patenschaften für bestehende Kreisverkehre sowie Kreisverkehre in Planung zu suchen für saisonbedingte Bepflanzung sowie Wartung und Pflege der Fläche**
-

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag der UWG Übach-Palenberg vom 22.12.2009 (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt).

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass dies zum Beispiel auch in Gangeln praktiziert werde und teilweise auch sonst bereits schon gang und gäbe sei. Die Überlegung, die hinter dem Antrag stehe, sei, wie man die Kreisverkehre attraktiverer und trotzdem kostenneutral gestalten könne.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er würde dem Antrag grundsätzlich zustimmen; man habe dies auch schon innerhalb der SPD diskutiert. Allerdings gefalle ihm die Begründung nicht. Die Kreisverkehre in Übach-Palenberg seien sehr gepflegt, wieso spreche man also von Attraktivierung. Der Grund sei doch wohl die Kosteneinsparung.

An die Verwaltung habe er die Bitte, dass die mögliche Eigenwerbung der Betriebe nicht zu groß werde, so dass die Kreisverkehre nicht verschwinden.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Kontakt zu allen Gartenbaubetrieben in Übach-Palenberg aufzunehmen, ob Interesse an Patenschaften für bestehende Kreisverkehre sowie Kreisverkehre in Planung für saisonbedingte Bepflanzung sowie Wartung und Pflege der Flächen vorhanden sei. Ebenso soll Kontakt zu ansässigen Gewerbebetrieben in Übach-Palenberg aufgenommen werden zwecks Ausgestaltung der Kreise durch Pflege und Eigenwerbung (Industriedenkmäler).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 21 Antrag der CDU-Fraktion nach § 5 GeschO vom 05.01.2010 betr. Einsatz von durch das Umweltamt geprüften und biologisch abbaubaren Herbiziden zur Unkrautbekämpfung auf öffentl. Plätzen und Verkehrswegen**
-

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag der CDU-Fraktion vom

05.01.2010 (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt).

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass die CDU im Jahr 2005 schon einmal einen solchen Antrag gestellt habe. Im letzten Wahlkampf sei er immer wieder wegen der Verunkrautung angesprochen worden. Er habe im Wahlkampf versprochen, dass er dieses Thema bei Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Rat noch einmal aufgreifen werde.

Der Bahnhofvorplatz sei für das Verunkrautungsproblem das beste Beispiel. Natürlich müsse der Einsatz von Herbiziden strengstens kontrolliert werden und man könne diese auch nicht an allen Flächen einsetzen, es ließen sich hierdurch jedoch auf jeden Fall Kosten einsparen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, die SPD-Fraktion habe diesen Antrag damals bereits abgelehnt und werde ihn heute wieder ablehnen. Er verwies auf eine Untersuchung eines französischen Wissenschaftlers vom Juni 2009, die alarmierende Forschungsergebnisse in Bezug auf das Herbizid Roundup von Monsanto enthalte. Er wolle in Übach-Palenberg nicht erleben, dass Männer mit Schutzanzügen Herbizide spritzen, während Kinder hieran vorbeilaufen. Der Einsatz der geplanten Mittel zur Unkrautvernichtung würde auch anderes zerstören als das Unkraut.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, auch die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN werde diesen Antrag ablehnen. Laut einem Gerichtsurteil dürfe das Mittel Roundup nicht mehr als biologisch abbaubar bezeichnet werden. Neue Untersuchungen ergaben, dass dieses Mittel gesundheitsschädlich sei. Schönheit gehe nicht vor Gesundheit. Solange keine eindeutigen Ergebnisse vorliegen, die die Unschädlichkeit dieses Mittels nachweisen, solle man sich nicht für den Einsatz entscheiden. Er bat, die Entscheidung bis zur eindeutigen Klärung zu verschieben. Stadtverordneter **Rißmayer** sagte weiterhin, dass die vom Antragsteller angegebene Kostenreduzierung in diesem Zusammenhang für ihn nicht schlüssig sei.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, er habe eine Liste der Kosten von verschiedenen Verfahren bei der Unkrautbeseitigung vorliegen. Am billigsten ginge hier der Einsatz des Mittels Roundup hervor, das teuerste Verfahren sei die Handarbeit.

Stadtverordneter **Josef Fröschen** erklärte, man habe vorhin über die Verschönerung von Kreisverkehren gesprochen; wenn man aber in die Stadt hineinfahre, schauen man zunächst in einen Diestelwald. Zum Beispiel auf der Carl-Alexander-Straße und der Aachener Straße sehe es furchtbar aus. Stadtverordneter **Josef Fröschen** erklärte weiterhin, dass die Städte Geilenkirchen, Heinsberg und Gangelt bereits Herbizide zur Unkrautbekämpfung einsetzen würden. Man wolle ja auch niemanden arbeitslos machen, es gebe auch so genug zu tun. Er bat, heute über diesen Antrag abzustimmen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er könne nicht verstehen, wie sich

Stadtverordneter Fröschen so massiv für etwas Umweltschädliches einsetzen könne.

Er wolle zurück zu den Kosten kommen: wenn Geld gespart werden solle, träfe dies doch wohl das Personal. Wenn man die Kostenersparnis nicht über die Reduzierung des Personals herbeiführen wolle, habe man durch den Kauf der Herbizide sogar zusätzliche Kosten. Wie solle diese Kosteneinsparung also zustande kommen?

Im Jahr 2005 habe man im Zusammenhang des Einsatzes von Herbiziden vom Straßenbegleitgrün gesprochen, heute spreche man von befestigten Flächen, also das, was allen Bürgern in Übach-Palenberg verboten werde.

Stadtverordneter **Weißborn** vermisse an dieser Stelle auch die Meinung der Verwaltung.

Stadtverordneter **Malaker** erklärte, für die Bürger sei der Einsatz von Herbiziden verboten und die Stadt wolle diese nun einsetzen. Dann müsste es auch jedem Bürger erlaubt werden.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, sie sei für den Vorschlag der CDU-Fraktion. Noch sei ja auch noch gar kein Mittel festgelegt. Das, was in Deutschland zugelassen ist, werde verwendet.

Stadtverordnete **Appelrath** wies auf die gesetzliche Bestimmung hin, wonach der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf versiegelten Flächen grundsätzlich verboten sei.

Mit dem vorgelegten Beschlussvorschlag gebe man die Verantwortung für den Einsatz der Herbizide an das Baubetriebsamt. Sie würde gerne wissen, wer die Haftung in diesem Falle übernehme.

Stadtverordneter **Walther** erklärte, es liege ein konkreter Antrag vor, über den abgestimmt werden könne. Er stellte einen Antrag auf Schluss der Rednerliste.

Bürgermeister Jungnitsch gab die bereits vorliegenden Wortmeldungen bekannt und ließ gemäß der Geschäftsordnung über den Schluss der Rednerliste abstimmen.

Beschluss:

Die Rednerliste wird geschlossen.

Abstimmungsergebnis:

18 Ja-Stimmen

12 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er finde die Vorgehensweise nicht in Ordnung. Aber da dies in der Geschäftsordnung so geregelt sei, müsse man dies hinnehmen. Er wolle immer noch gerne wissen, wie die konkre-

te Meinung des Bürgermeisters laute.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, er werde dem Antrag der CDU zustimmen.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte in Bezug auf die Äußerung des Stadtverordneten Mlaker, dass auch die Stadt gemäß § 6 Abs. 3 Pflanzenschutzgesetz einen Antrag auf Genehmigung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln stellen müsse.

Stadtverordneter **Rißmayer** bat darum, den Beschlussvorschlag insofern zu erweitern, dass, sollte der Antrag der CDU beschlossen werden, der Rat die Hoheit darüber behält, welche Mittel eingesetzt werden sollen.

Bürgermeister Jungnitsch bat, zunächst über die Beschlusserweiterung abzustimmen.

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion wird wie folgt erweitert: Der Rat behält die Hoheit über die Entscheidung, welche Mittel eingesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

**11 Ja-Stimmen
18 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen**

Anschließend wurde über den Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt.

Beschluss:

Zur Entlastung des Baubetriebsamtes und zur gleichzeitigen Kostenreduzierung wird künftig der Einsatz von durch das Umweltamt geprüften und biologisch abbaubaren Herbiziden zur Unkrautbekämpfung auf öffentlichen (Verkehrs-)Plätzen und Verkehrswegen zugelassen. Nach Genehmigung durch das Pflanzenschutzamt entscheiden die Fachleute beim städtischen Baubetriebsamt über den Einsatz dieser Mittel.

Abstimmungsergebnis:

**18 Ja-Stimmen
13 Nein-Stimmen
1 Enthaltung**

22 Erweiterungen zur Tagesordnung

22.1 Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 22.01.2010 betr. Buswartehäuschen auf der Marienstraße

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag der SPD-Fraktion vom 22.01.2010 (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt).

Stadtverordnete **Piez** erklärte, hierzu gebe es nicht mehr viel zu ergänzen. Die Errichtung von Buswartehäuschen an der genannten Stelle müsse im Interesse aller sein.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass er der Meinung der SPD grundsätzlich zustimme. Jedoch könne der Rat nicht abstimmen, ob und wie die Buswartehäuschen errichtet werden. Diese Entscheidung liege bei der west. Die Stadt könne diesbezüglich nur Gespräche mit der west führen.

Stadtverordneter **Weißborn** sagte, dass er dem widersprechen müsse. Natürlich müsse man sich mit der west abstimmen. Wenn die Stadt aber die Kosten übernehme, würde west die Errichtung der Buswartehäuschen jedoch nicht ablehnen.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, die UWG-Fraktion würde dem Antrag nur zustimmen, wenn dies für die Stadt kostenneutral wäre.

Beschluss:

An der Bushaltestelle „Spiertz“, an der Marienstraße, werden zwei Buswartehäuschen mit Sitzgelegenheit errichtet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

22.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 26.01.2010 betr. Nach-/ Neubesetzung von Ausschüssen

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag der CDU-Fraktion vom 26.01.2010 (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt).

Gegen die Annahme des Antrages als einheitlicher Wahlvorschlag wurden seitens der Stadtverordneten keine Bedenken erhoben.

Beschluss:

Folgende einheitliche Wahlvorschläge werden beschlossen:

- 1. Als stellvertretender sachkundiger Einwohner für Herrn Erwin Müller wird Herr Helmut Cybulski, Endstraße 4, 52531 Übach-Palenberg in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing nachgewählt.**
- 2. Als Ersatz für den ausgeschiedenen Herrn Helmut Landscheidt wird Herr Peter Lürken, In der Gehölde 11, 52531 Übach-Palenberg zum sachverständigen Bürger für Denkmalschutz in den Bau- und Umweltausschuss gewählt.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

23 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Jungnitsch wies auf die Rathausstürmung am 11. Februar hin und lud alle Stadtverordneten und Zuschauer ein hieran teilzunehmen. Weiterhin wies er auf die Sondersitzung des Rates am 01. März zur Einbringung des Haushaltes hin.

Beigeordneter für Planen und Bauen **Schlüter** teilte mit, dass am 10.02.2010 um 10 Uhr in Sachen Abgrabung Frelenberg der Erörterungstermin stattfindet. Eine Rücksprache mit dem Kreis Heinsberg ergab, dass eine Teilnahme an diesem Termin auch möglich sei, wenn man keinen Einwand erhoben habe, aber betroffen sei. Eine Erläuterung über den Begriff Betroffenheit in diesem Zusammenhang liege ihm nicht vor. Hierzu könne man aber beim Kreis nachfragen.

Weiterhin teilte Beigeordneter für Planen und Bauen **Schlüter** mit, dass für die Angelegenheit „Im Winkel“ eine Vorabinformation erfolgen werde. Diese werde jedoch die Einwohnerversammlung nicht ersetzen.

Anfragen

Anfrage 1 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Overländer** erkundigte sich nach dem derzeitigen Sachstand betreffend den behindertengerechten Umbau von Barrieren im Stadtgebiet.

Diese Frage wird schriftlich beantwortet.

Anfrage 2 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Weißborn** fragte, ob es in der Angelegenheit Rückzahlung Weißenhaus eine einheitliche Auffassung der Verwaltung gebe.

Bürgermeister **Jungnitsch** antwortete, dass sich die Angelegenheit derzeit noch in der Prüfung befinde. Anschließend werde hierüber berichtet.

Anfrage der CDU-Fraktion:

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass der sachkundige Bürger Mallman, der Stadtverordnete Bien und er selbst nach vorherigem Antrag am 01.02.2010 Einsicht in das Gutachten zur Klangbrücke nehmen konnten. Die Einsicht in das Gutachten veranlasse die CDU-Fraktion zu folgender Anfrage:

Wer ist für die Abgabe der Erklärung zuständig, dass die Brücke den Sicherheitsbestimmungen entspricht?

Kann dazu ein Sachverständiger hinzugezogen werden?

Wer trägt die Verantwortung nach Abgabe der Erklärung?

Sind während der Bauzeit von der ausführenden Firma **schriftlich** Hinweise auf die nicht ausreichenden Sicherheitsbestimmungen bedingt durch die reduzierte Bauweise gegeben worden?

Wer hat die Kosten für die bisherigen Nachbesserungen getragen?

Welche Stellungnahme hat der für die Bauüberwachung zuständige Architekt abgegeben?

Ist durch die Stadt eine Abnahme oder Teilabnahme erfolgt?

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass ihm klar sei, dass dies nicht alles sofort beantwortet werden könne. Deshalb sei für ihn eine schriftliche Beantwortung in Ordnung.

Beigeordneter für Planen und Bauen **Schlüter** erklärte, die Antwort auf die letzte Frage könne er sofort geben: eine Abnahme sei nicht erfolgt. Er bedankte sich, dass die übrigen Fragen schriftlich beantwortet werden können.

Bürgermeister **Jungnitsch** erklärte, die schriftliche Beantwortung der Fragen werde der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Anfragen der UWG-Fraktion:

Stadtverordneter Bien erklärte, dass sich die Anfragen der UWG-Fraktion an den technischen Beigeordneten Herrn Schlüter richten und sich auf die in aller Munde befindliche Klangbrücke beziehen.

Anfrage 1 der UWG-Fraktion:

Warum werden am Projekt Klangbrücke statische Nachweise für sicherheitsrelevante Bauteile erst nach Fertigstellung des Gesamtwerkes eingefordert? Wo es doch allgemein üblich ist, dass sicherheitsrelevante Bauteile vor Baubeginn statisch nachgewiesen sein müssen und Grundvoraussetzung für eine Baugenehmigung sind.

Anfrage 2 der UWG-Fraktion:

Liegen in der Zwischenzeit für den Lärchenboden, der beim Bau der Klangbrücke verwendet wurde, Eignungsnachweise und statische Nachweise vor?

Anfrage 3 der UWG-Fraktion:

Wie ist sichergestellt, dass, wenn es für das Bauwerk Klangbrücke keine speziell anwendbaren Sicherheitsvorschriften gibt, die Sicherheit der sie benutzenden Bürger, Kinder und Behinderten trotz allem gewährleistet ist?

Anfrage 4 der UWG-Fraktion:

Wann ist die Abnahme und Inbetriebnahme der dann hoffentlich unfallsicheren Klangbrücke, und wer führt diese Abnahme und Übernahme des Bauwerkes verantwortlich für die Stadt Übach-Palenberg durch?

Anfrage 5 der UWG-Fraktion:

Welche Mehrkostenrisiken bestehen bei der Abwicklung der betriebsbereiten Fertigstellung der Klangbrücke für die Stadtkasse?

Beigeordneter für Planen und Bauen **Schlüter** bat, diese Fragen ebenfalls schriftlich beantworten und der Niederschrift als Anlage beifügen zu dürfen.

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, dass bei der Hauptverwaltungskonferenz abgestimmt wurde, ob eine Verbraucherzentrale im Kreis Heinsberg eingerichtet werden solle. Stadtverordneter **Rißmayer** wolle nun wissen, warum der Bürgermeister dagegen gestimmt habe.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, er sei nicht darauf vorbereitet, jetzt

alle Argumente vorzubringen. Er werde dies schriftlich nachreichen. Ein Punkt sei jedenfalls die Personalmehrung gewesen; die Kosten hierfür sollten dann von der Kreisgemeinschaft getragen werden und mit einer Person als Besetzung sei eine Verbraucherzentrale nicht qualifiziert bestückt. Außerdem gebe es heutzutage neben den überregionalen Beratungsstellen auch das Internet.

Bürgermeister Jungnitsch schloss die öffentliche Sitzung um 19.25 Uhr und setzte eine Pause von 5 Minuten an.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 19.36 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin